

Nachrichten aus Brüssel

@ greens87 – stock.adobe.com

Europäischer Rechnungshof warnt vor Engpässen bei Medikamenten

Der Europäische Rechnungshof warnt in einem aktuellen Bericht vor anhaltenden Engpässen bei lebenswichtigen Medikamenten in der EU. Trotz bereits ergriffener Maßnahmen bestehe weiterhin ein hohes Risiko, dass wichtige Arzneimittel – darunter Antibiotika oder handelsübliche Schmerzmittel – nicht verfügbar seien. Besonders alarmierend: Zwischen Januar 2022 und Oktober 2024 wurden kritische Versorgungsengpässe bei 136 Medikamenten gemeldet – ein Rekordwert.

Als Hauptursachen nennt der Rechnungshof instabile Lieferketten, Handelshemmnisse und einen zersplitterten Binnenmarkt für Arzneimittel. Klaus-Heiner Lehne, deutsches Mitglied des Rechnungshofes, betonte die strategische Bedeutung einer sicheren Medikamentenversorgung. Die Europäische Arzneimittelagentur habe zwar geholfen, Auswirkungen zu mildern, stehe bei der Ursachenbekämpfung aber noch am Anfang. Die EU-Rechnungsprüfer fordern daher eine stärkere Rolle der europäischen Arzneimittelagentur und eine Anpassung des rechtlichen EU-Rahmens für Arzneimittel. Zudem müssten Handelsbarrieren abgebaut und Meldeverfahren bei Engpässen verbessert werden. Die EU-Kommission zeigte sich offen für die Empfehlungen und setzt auf die Verabschiedung bereits vorgeschlagener Gesetzesreformen.

Französische und deutsche Zahnärztekammer für Regulierung fachfremder Investoren

In einer gemeinsamen Erklärung machen die französische Zahnärztekammer (Ordre National des Chirurgiens-Dentistes, ONCD) und die Bundeszahnärztekammer auf die zunehmenden Herausforderungen durch investorengetragene Zahnarztketten aufmerksam. Unter dem Titel „Gesundheit ist keine Ware, Zahnmedizin ist kein Gewerbe“ fordern beide Organisationen eine umfassende Regulierung von wirtschaftlich orientierten, fachfremd geführten Praxismodellen in ihren Ländern. Zentraler Kritikpunkt ist die wachsende Präsenz von Zahnarztketten, die von Kapitalgesellschaften – insbesondere Private-Equity-Firmen – betrieben werden. Diese konzentrieren sich laut BZÄK und ONCD vor allem auf wirtschaftlich attraktive Standorte in gut versorgten

urbanen Regionen mit hohem Einkommen, während sie um ländliche oder sozial schwächere Gebiete einen Bogen machen.

Eine unzureichende Versorgung vulnerabler Gruppen gilt gerade in Frankreich als wichtiger Indikator für diesen Trend. Angesichts dieser Entwicklungen warnen die zahnärztlichen Standesvertretungen aus beiden Ländern vor einer Aushöhlung bewährter Versorgungsstrukturen. Deutschland und Frankreich verfügen über weltweit anerkannte Systeme der zahnmedizinischen Versorgung, die es im Sinne des Patientenschutzes zu erhalten gelte. Berichte aus Frankreich über illegale Behandlungen durch nicht approbierte Zahnärzte in Investorenketten machen aus Sicht von BZÄK und ONCD deutlich, welche Risiken eine unzureichende Regulierung für die Patientensicherheit birgt.

Lage der Europäischen Union: Gesundheit bleibt außen vor

In ihrer diesjährigen Rede zur Lage der Europäischen Union legte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Straßburg vor dem EU-Parlament den Fokus auf Geopolitik, Wettbewerbsfähigkeit, Klimaschutz und Digitalisierung. Die Gesundheitspolitik spielte dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Lediglich eine neue „Global Health Resilience Initiative“ der EU – als Reaktion auf globale Gesundheitsrisiken und zunehmende Desinformation etwa bei Impfungen – wurde in Grundzügen angekündigt. Gesundheitspolitische Themen wie Prävention, Arzneimittelversorgung oder die Digitalisierung blieben unerwähnt. Wichtige Programme wie der europäische Plan zur Krebsbekämpfung fanden ebenfalls keinen Platz in der Rede.

Kritik kam postwendend von EU-Gesundheitspolitikern und der Gesundheitswirtschaft. Sie bemängelten das Fehlen konkreter Initiativen zur Stärkung der europäischen Gesundheitsversorgung und zur Förderung der EU als Standort für Medizintechnologie. Branchenverbände bemängeln zudem, dass medizinische Schlüsselindustrien in internationalen Handelsfragen nicht ausreichend von der EU-Kommission geschützt werden.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK